

Baden

Staats-Ministerium

Generalia

Presse & Druckschriften.

Nationalsozialistische Zeitungen

Vol.

Fasc.

Jahr 1934

bis

1939

G.L.A. 233

No. 27965

Der Reichsstatthalter
in Baden

Karlsruhe, den 3. Dezember 1934.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Durch die Parteiverlage bin ich nunmehr häufig darauf aufmerksam gemacht worden, dass die Beamtenschaft seit Monaten zunehmend die nationalsozialistische Presse abbestellt, während im Jahre 1933 die nationalsozialistische Presse gerade in der Beamtenschaft stark gelesen worden ist. Ich sehe in dieser Tatsache eine Gefahr für die Beamtenschaft selbst. Es ist die Aufgabe der Partei und der verantwortlichen Männer in der Staatsverwaltung, eine weltanschaulich einheitlich denkende Beamtenschaft heranzubilden. Diese Aufgabe kann nur erfüllt werden, wenn die Beamtenschaft sich laufend durch die Parteipresse unterrichten lässt. Die Parteipresse kann hier gewissermaßen die Aufgabe einer Schule übernehmen. Wenn aber die Beamtenschaft aus mir unerklärlichen Gründen die nationalsozialistische Presse mehr und mehr abbestellt und sich nichtnationalsozialistischen Zeitungen zuwendet, dann muss die politische Schulung des Beamten notleiden und für die Beamtenschaft selbst dadurch eine Gefahr erwachsen, daß sie weltanschau-

./.

11

3

lich wieder in den Zustand vor der nationalsozialistischen Revolution zurückfällt. Ich bitte deshalb Sie, Herr Ministerpräsident, durch entsprechende Anweisungen an die Dienstvorstände die Beamten-schaft anzuhalten, die parteiamtliche nationalsozialistische Presse zu lesen und zu abonnieren. Es soll dabei durchaus keinerlei Zwang auf die Beamten-schaft ausgeübt werden, jedoch ist es jedem einzelnen Beamten eindringlich klarzumachen, welche Gefahren er eingeht, wenn er die nichtparteiamtliche Presse liest und sich dauernd durch sie informieren und beeinflussen lässt.

H e i l H i t l e r !

Ihr ergebener

Robert Heymann.

Badische Staatskanzlei.

Karlsruhe, den 7. Januar 1935.

NT

Schreiben des Ministerpräsidenten:

An die Herren Minister und
den Rechnungshof

h i e r .

In erfreulicher Weise haben sich weite Kreise der Beamtenschaft in die Weltanschauung des Nationalsozialismus eingelebt und haben dadurch ihrer Arbeit in der Richtung einer Förderung des staatlichen Gedankens wie überhaupt der Ideen des Führers und Reichskanzlers neuen Auftrieb gegeben. Es bleibt aber auf dem Gebiete der Heranbringung des nationalsozialistischen Gedankengutes an die Beamtenschaft immer noch manches zu tun. Aus diesem Grunde lege ich Wert darauf, daß sich auch die übrige Beamtenschaft mehr als bisher der Möglichkeiten bedient, die ihr die Schulungsarbeit der NSDAP bietet, um sich in den Geist der Bewegung einzufühlen und sich in ihre Gedankengänge zu vertiefen. Ebenso halte ich es auch für besonders wichtig, daß sie sich mit der Ideenwelt des Nationalsozialismus durch die Lektüre der nationalsozialistischen Literatur und vor allem der nationalsozialistischen Tageszeitungen vertraut macht.

:/:

233/27965

Ich bitte hiervon unter Ausschluß einer Veröffentlichung in der Presse oder den Amtsblättern den Beamten und Angestellten des dortigen Geschäftsbereichs Kenntnis zu geben.

Der Reichsstatthalter
in Baden

Karlsruhe, den 3. Januar 1935.
Feernuf 4620/21

BADISCHE STAATSKANZLEI
-9. JAN. 1935 00262

Nr. —

Der Herr Reichsstatthalter ist mit dem Entwurf eines Schreibens an die Herren Minister und den Rechnungshof, betr. Verhalten der Beamtenschaft zu der Weltanschauung des Nationalsozialismus, einverstanden.

Im Auftrag

J. W. W. W.

Oberregierungsrat

An die
Badische Staatskanzlei
z.H. des Herrn Ministerialrats Müller-Trefzer

hier

233/ 27965

Badische Staatskanzlei.

Karlsruhe, den 13. Februar 1935.

Bezug nationalsozialistischer Tageszeitungen durch Beamte.

Niederschrift.

Bei der am 11. Februar 1935 in der obigen Angelegenheit im Sitzungszimmer der Staatskanzlei stattgefundenen Besprechung waren unter dem Vorsitz von Ministerialrat Müller-Trefzer die in der Anwesenheitsliste verzeichneten Vertreter erschienen.

Ministerialrat Müller-Trefzer stellte als Punkt 1 der Tagesordnung einen von der Gauamtsleitung der Beamten an die Beamten der Reichsbahndirektion Karlsruhe versandten Fragebogen über den Bezug von Tageszeitungen zur Diskussion. Gegen diese Art der Werbung habe der Herr Ministerpräsident gewisse Bedenken, weil eine Rechtsverpflichtung für den Beamten zur Beantwortung der in dem Fragebogen aufgeworfenen Fragen nicht bestehe. Der Herr Reichs- und Preußische Minister des Innern sei durch die Staatskanzlei bereits um seine Stellungnahme gebeten worden. Nach fernmündlicher Mitteilung werde dieselbe noch im Laufe des Tages hier eintreffen.

In längerer Aussprache wurde hierauf von sämtlichen

:/:

anwesenden Behördenvertretern das Vorgehen des Amtes für Beamte als taktisch und psychologisch für unklug bezeichnet, wobei allgemein zum Ausdruck gebracht wurde, daß man die Wichtigkeit der Funktion der nationalsozialistischen Tageszeitungen das nationalsozialistische Gedankengut insbesondere auch der Beamtenschaft zu vermitteln, nicht verkenne. Die durch das Amt für Beamte eingeschlagene Art der Propaganda wirke aber eher entfremdend als fördernd.

Ministerialrat Straub vom Ministerium des Innern möchte annehmen, daß eine Beamtenpflicht zur Beantwortung der Fragebogen nicht vorliege. Sein Ministerium sei wegen des Vertriebs der Fragebogen noch nicht angegangen worden.

Oberregierungsrat Dr. Grüniger vom Reichsjustizministerium, Abteilung Württemberg-Baden, glaubt, es müsse ein Unterschied zwischen Parteigenossen und Nichtpartei-
genossen bei der Beantwortung nach der Zulässigkeit des Vorgehens des Amtes für Beamte gemacht werden.

Abteilungsdirektor Henninger bei der Reichspostdirektion, machte davon Mitteilung, daß auch seiner Behörde die Fragebogen ^{wurden} übermittelt und bereits bis 5. Februar abzuliefern waren.

Oberregierungsrat Meyer vom Landesfinanzamt bezeichnete es als zweifelhaft, ob die Fragestellung überhaupt Propagandazwecken und nicht vielleicht gewissen

Feststellungszwecken dienen. Beim Landesfinanzamt sei der Fragebogen noch nicht eingekommen.

Ministerialrat Müller-Trefzer bezeichnete es als wenig wahrscheinlich, daß der Fragebogen besonderen Feststellungen im Auge habe.

Abt. Direktor Henninger (RPD) stellt zur Erwägung, ob nicht ähnlich wie vor dem Kriege in Norddeutschland für untere Beamte eine Verbilligung der sog. Staatszeitungen zu erreichen sei.

Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß man eine solche Regelung in Baden nicht gekannt habe. Abschließend stellte er hierauf fest, daß für die badischen Behörden die vorstehende Frage noch nicht aktuell sei, ^{da an bad. Behörden sich der Herr f. Henninger nicht wagt, zu wenden.} Ob ein Behördenführer gegebenenfalls den Weitervertrieb der Fragebogen unterbinden könne, müsse in das Ermessen der einzelnen Behörde gestellt werden. Es empfehle sich zunächst, die erbetene Stellungnahme des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern abzuwarten. Der Herr Ministerpräsident werde nach Eingang derselben sich ~~sch~~ über eine Erklärung gegenüber der Gauamtsleitung für Beamte schlüssig werden. Da die Angelegenheit noch nicht restlos geklärt sei, sei die Abgabe einer Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten ~~in~~ ^{unter} Unterstellung des Einverständnisses der anwesenden Behördenvertreter noch nicht angängig. Vor Weiterem

werde daher die Staatskanzlei mit den einzelnen Behörden noch in Verbindung treten.

Als Punkt 2 der Tagesordnung stellte hierauf der Vorsitzende den Vertrieb der Zeitschrift "Kampf der Gefahr" bei den Behörden zur Diskussion. Ein an den Herrn Ministerpräsidenten von dem Amt für Volkswohlfahrt gerichtetes Schreiben beabsichtige derselbe dahingehend zu beantworten, daß jede einzelne Behörde ^{ausgehalten} verpflichtet sei, die erforderliche Zahl von Exemplaren dieser Zeitschrift zu beziehen, darüber hinaus aber keinerlei finanzielle Verpflichtungen bei aller Bedeutung der Zeitschrift übernehmen könne.

Von den einzelnen Behördenvertretern wurde allgemein zum Ausdruck gebracht, daß ~~bei~~ ^{von} ihren Behörden die Zeitschrift bezogen werde.

Ministerialrat Straub (M.d.J.) weist insbesondere darauf hin, daß der Erlaß des Herrn Ministerpräsidenten seinerzeit empfehlend an die Bezirksstellen weitergeleitet worden sei. Bei den beschränkten Mitteln könne aber unmöglich eine größere Zahl von Exemplaren dieser Zeitschrift bezogen werden, ganz abgesehen davon, daß andere Zeitschriften mit derselben Begründung an die Staatsbehörden herantreten könnten.

Als Punkt 3 wurde hierauf die Frage des Buch- und Warenvertriebs bei den Behörden besprochen.

Ministerialrat Müller-Trefzger stellte fest, daß nach allgemeiner Praxis der Reichs- und Landesbehörden der Warenvertrieb innerhalb der Büros grundsätzlich untersagt sei. Der Herr Ministerpräsident sei der Ansicht, daß der Dienstbetrieb ungestört bleiben müsse. Über eventuelle Ausnahmen von dieser Regelung würde im Einzelfall an die Behörden eine besondere Mitteilung der Staatskanzlei ergehen. Unter dieses Verbot falle auch die sog. ~~organisierte~~ organische Studentenbestellung. Bei Sammlungen innerhalb der Dienstgebäude sei ^{es} nur die ausdrücklich genehmigten Sammlungen zuzulassen. Die Badische Staatskanzlei hätte sich der Regelung des Herrn Reichs- und Preussischen Ministers des Innern angeschlossen.

Diese Ausführungen fanden allgemeine Zustimmung.

Der Vorsitzende machte weiter darauf aufmerksam, daß Werber des Luftschutzbundes teilweise drängend aufgetreten seien. Der Leiter des Luftschutzes in Karlsruhe verurteile dieses Vorgehen.

Wegen der Teilnahme der Beamten an Veranstaltungen der Partei und ihrer Nebenorganisationen verliest der Vorsitzende den Erlaß des Stellvertreters des Führers.

Ministerialrat Straub (M.d.J!) bringt die

Der Vorsitzende weist unter allgemeiner Zustimmung darauf hin, daß der Zeitungsbezug einer Behörde genau so zu bewerten sei wie der Bezug von Akten. Dritte könnten hierauf keinen Einfluß haben.

"Einen Druck, bestimmte Tageszeitungen zu beziehen, kann die Partei gegenüber Parteiangehörigen ausüben. Ein derartiger Druck auf der Partei nicht angehörige Beamte erscheint diessseitigen Erachtens nicht zulässig. Eine Einwirkung nach der Richtung, auf die Beamten könnte gegebenenfalls nur vom Reichsministerium des Innern ausgehen.

17

Demerol - 500 mg

Heuninger Oberlybmeister der Ritterschicktion.

Minister, Reg. Assessor, Kreis-Statthalter in

Vollst., Ger. v. J. Rabe, Kunstgeschichtl.

Dr. Camp, Feb 2, 1861, Northampton, Mass.

Fr. Gardner

Ptarmigan, Red breasted

Meyer Volk

Dr. Lange

OK

Staatskanzler

L. F. A.

Aug. 2. Monday - Min.

L. Fraub nicht

17

H. F. G. M. M. M. M.

Platzpunkt aus dem 1. Provinzialrat
(Kriegsgefangenenministerialrat
Mittelschulz - Luden)

NSDAP Kreis Karlsruhe
Amt für Beamte
Fachschaft Reichsbahn.

Fragebogen
über den Bezug einer Tageszeitung
(Bitte deutliche Schrift)

Zuname Vorname
Dienststelle Dienstgrad
Wohnung Straße Nr
Welche Tageszeitung haben Sie abonniert?
Seit wann?

Der Fragebogen ist bis spätestens 10. Februar 1935 dem
Vertrauensmann zurückzugeben.

gez. P e i s e l e r
Kreisfachschaftsleiter.

15

ich im Zuge der Werbung für die NS-Presse an die mir unter-
stellten Pol.Leiter im Amt für Beamte - Gaubereich Baden -
herausgegeben habe. Gleichzeitig schliesse ich in Abschrift
ein an mich gerichtetes Ersuchen des Herrn Reichsstatthal-
ters an.

Es hat sich nunmehr herausgestellt, dass einige
Behördenführer dieser notwendigen Werbemethode und den
hierzu erforderlichen Feststellungen Schwierigkeiten entge-
gensetzen. Sie wollen aus meinen Anordnungen in den Rund-
schreiben entnehmen, dass hierzu keinerlei Anlass gegeben
ist.

Heil Hitler !



Wäin

18

Höflichkeitsformeln fallen bei allen parteiamtlichen Schreiben weg.

12 FEB 1935 01461

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Gauleitung

Baden

Fernsprecher 188 und 5255
GauGeschäftsstelle Karlsruhe
Nowacksanlage 19



Bankkonto: Vereinsbank Karlsruhe
Postcheckkonten:
Nr. 9158 und 4613 Karlsruhe

Amt für Beamte

Karlsruhe, den 9. Februar 1935.

Der Gauamtsleiter
M/H.

An den

Herrn Badischen Ministerpräsidenten,

Betr. Werbung für die
NS-Presse.

K a r l s r u h e .

Anlagen: 3

Erbprinzenstr. 15.

In der Anlage übersende ich 2 Rundschreiben, die ich im Zuge der Werbung für die NS-Presse an die mir unterstellten Pol.Leiter im Amt für Beamte - Gaubereich Baden - herausgegeben habe. Gleichzeitig schliesse ich in Abschrift ein an mich gerichtetes Ersuchen des Herrn Reichsstatthalters an.

Es hat sich nunmehr herausgestellt, dass einige Behördenführer dieser notwendigen Werbemethode und den hierzu erforderlichen Feststellungen Schwierigkeiten entgensetzen. Sie wollen aus meinen Anordnungen in den Rundschreiben entnehmen, dass hierzu keinerlei Anlass gegeben ist.

Heil Hitler !



Höflichkeitsformeln fallen bei allen parteiamtlichen Schreiben weg.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Baden

Abteilung

Bankkonto: Reichsbank Karlsruhe
Postkonten:
Nr. 1018 und 1019 Karlsruhe



Telefon Nr. 188 und 2825
Gauamt für Baden
Königsplatz 19

Karlsruhe, den 9. Februar 1935.

Amt für Baden

An den
Herrn Reichlichen Ministerpräsidenten,

Der Gauamtsleiter

Bm. Karlsruhe für die
NS-Presse.

Anlagen: 3

In der Anlage übersende ich 3 Handschriften, die ich im Zuge der Werbung für die NS-Presse an die mir unterstellten Vol. Leiter im Amt für Baden - Gaubereich Baden - herausgegeben habe. Gleichzeitig schliesse ich in Abschrift ein an mich gerichtetes Ersuchen des Herrn Reichstatthalter an.

Es hat sich nunmehr herausgestellt, dass einige Behördenleiter dieser notwendigen Werbungsanstrengungen und den hierzu erforderlichen Feststellungen Schwierigkeiten entgegenzusetzen. Sie wollen aus meinen Anordnungen in den Hand- schreiben entnehmen, dass hierzu keinerlei Anlass gegeben ist.

Heil Hitler!



Druckkosten werden bei allen parteiamtlichen Schreiben in der

Abschrift.

Der Reichsstatthalter
in Baden .

Karlsruhe, den 4. Dezember 1934.

- Anlage -

Sehr geehrter Herr Pg. Mauch !

Ich ersuche, auch von Seiten des Amts für Beamte im politischen und weltanschaulichen Interesse für eine nachhaltige Werbung für die parteiamtliche Presse unter der gesamten Beamtenschaft besorgt zu sein und auf die Gefahren für die Beamtenschaft selbst aufmerksam zu machen, die entstehen müssen, wenn die laufende politische Orientierung nicht durch die parteiamtliche Presse erfolgt.

In der Anlage erhalten Sie ein Schreiben in gleicher Sache an den Herrn Ministerpräsidenten.

Heil Hitler !

gez: Robert Wagner.

An das
Amt für Beamte
z.Hd. d. Herrn Gauamtsleiter
Mauch

hier

N.S.D.A.P. Gau Baden
- Amt für Beamte -

Karlsruhe, den 14. Dezember 1934.

Der Gauamtsleiter.

An die

1. Abteilungsleiter und Unterabteilungsleiter
im Amt für Beamte - Gau Baden -
2. Leiter der Ämter für Beamte bei
den Kreisen
3. Leiter der Ämter für Beamte bei den
Ortsgruppen.

Rundschreiben Nr. 70/34.

Betr. Nat. soz. Pressedienst der weltanschaulichen Schulung.

Ich musste die bedauerliche Feststellung machen, dass die Beamtenschaft seit Monaten zunehmend die nat. soz. Presse abbestellt. Ich sehe in dieser Tatsache eine Gefahr für die Beamtenschaft. Es ist die Aufgabe der Partei und der verantwortlichen Männer in der Staatsverwaltung, eine weltanschaulich einheitlich denkende Beamtenschaft heranzubilden. Diese Aufgabe kann aber nur erfüllt werden, wenn die Beamtenschaft sich laufend durch die Parteipresse unterrichten lässt. Die Parteipresse übernimmt gewissermassen mit die Aufgabe der Schulung. Wenn aber die Beamtenschaft, aus mir unerklärlichen Gründen, die nat. soz. Presse mehr und mehr abbestellt und sich nicht nationalsozialistischen Zeitungen zuwendet, muss die politische Schulung des Beamten notleiden.

233/27965

1461

20

Ich ersuche dringend für eine nachhaltige Werbung für die parteiamtliche Presse besorgt zu sein. Die Beamten müssen auf die Gefahren aufmerksam gemacht werden, die entstehen, wenn die laufend politische Orientierung nicht durch die parteiamtliche Presse erfolgt. Wenn ich hier anordne, dass die Beamtenschaft in erster Linie zum Bezug einer nat. soz. Presse angehalten werden muss, so geschieht dies nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus rein politisch-anschaulichen Gründen. Die Werbung hat nicht durch Rundschreiben und durch öffentliche Aufrufe zu erfolgen, sondern sie bildet einen Bestandteil nat. soz. Erziehungsarbeit.

Heil Hitler!

Mein

N. S. D. A. P. Gau Baden Karlsruhe, den 17. Januar 1935.

- Amt für Beamte -

Der Gauamtsleiter.

An die

1. Abteilungs- und Unterabteilungsleiter
im Amt für Beamte - Gau Baden -
2. Leiter der Ämter für Beamte bei
den Kreisen
3. Leiter der Ämter für Beamte bei
den Ortsgruppen.

Rundschreiben Nr. 2/35.

Mitgliedschaftsunterlagen für die Kreise.

Zur Zeit werden bei der Gauamtsgeschäftsstelle Doppelschriften der kartelförmigen Mitgliedernachweisungen gefertigt. Diese Nachweisungen gelangen nach Fertigstellung an die Kreise zum Versand und werden dort als offizielle Mitgliedschaftsunterlagen weitergeführt. Die übersandten Nachweisungen sind sofort mit den bei den Kreisen bisher geführten Unterlagen zu vergleichen. Etwaige Unstimmigkeiten sind im Benehmen mit dem Gau aufzuklären.

NS-Pressedienst dient der weltanschaulichen Schulung.

Zu meinem Rundschreiben vom 14.12.34 Nr. 70/34.

In vorstehendem Rundschreiben habe ich darauf hingewiesen, dass der Bezug der NS-Pressen durch die Beamenschaft in Beziehung zur weltanschaulichen Schulung eine Notwendigkeit ist. Gleichlautende Hinweise erfolgten inzwischen durch den Herrn Reichsstatthalter und Gauleiter und ferner durch den Reichswalter des Reichsbundes der Deutschen Beamten.

Termin !

Um über den Erfolg dieser Hinweise einen Überblick zu erhalten, ersuche ich bis zum 10.2.1935 um Übersendung eines namentlichen Verzeichnisses (Name, Dienstgrad, Wohnort, Strasse) über jene Beamte, die auch heute noch nicht Bezücker einer NS-Tagespresse sind. Die erforderlichen Fest-

stellungen können - wenn eine andere Möglichkeit nicht gegeben sein sollte - in Benehmen mit den NS-Verlagen getroffen werden.

Anschaffung von Büchern für die Dienststellen des RDB.

Die Anschaffung von teuren Büchern, mit einem Kostenaufwand von RM 20.- bis RM 50.-, wie dies in letzter Zeit von einigen Kreisen geschehen, ist nicht erwünscht. Diese grossen Werke erfüllen ihren Zweck in der Bibliothek einer RDB-Dienststelle nicht, weil sie, ihres grossen Umfanges wegen, nur einem kleinen Personenkreis zugänglich gemacht werden können.

Bei dieser Gelegenheit mache ich nochmals darauf aufmerksam, dass nur solche Bücher angeschafft werden dürfen, gegen deren Herausgabe der Vorsitzende der parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums keine Bedenken erhoben hat.

Kinderlandverschickung - Sozialismus der Tat.

Zu meinem Rundschreiben vom 14.12.34 Nr. 71/34.

Im Gau Baden haben sich etwa 130 Beamte bereit erklärt, erholungsbedürftige Kinder für etwa 4 Wochen in ihrem Haushalt aufzunehmen. Diesen Beamten wolle in meinem Namen in einer öffentlichen Kreisversammlung für ihren bewiesenen " Sozialismus der Tat " gedankt werden.

Beitragseinzug durch gehaltszahlende Kassen (Gemeindekassen).

Es ist festgestellt worden, dass Gemeindekassen, die von hier aus um Einhebung und Abführung des Beitrages ersucht wurden, monatelang - ohne Mitteilung zu machen - weder die Beiträge einhoben, noch abführten. Gemeindebeamte, die nicht dafür sorgen, dass ihre Beiträge durch die Gemeindekassen abgeführt, werden wegen Interesselosigkeit am Bund aus der Beamteneinheitsorganisation ausgeschlossen.

Die Kreiswälder erhalten in den nächsten Tagen Verzeichnisse über jene Gemeindekassen, die RDB-Mitgliedsbeiträge im gehaltsabzugsverfahren einheben. Mindestens vierteljährlich ist durch den Kreiswälder oder einen Beauf-

Badische Staatskanzlei.

Karlsruhe, den 14. Februar 1935.

Nr 1461/1460.

Nationalsozialistische Zeitungen.

Dem Herrn Ministerpräsidenten wurde beim heutigen Vortrag die Niederschrift über die Besprechung vom 11. Februar 1935 vorgelegt und die Angelegenheit besprochen, auch im Hinblick auf das Schreiben des Gauamtsleiters im Gauamt für Beamte vom 9. Februar 1935 (Einlauf 1461 vom 12. Februar). Der Herr Ministerpräsident beauftragte den Unterzeichneten, die Frage der Werbung für die NS-Presse im Sinn des Ergebnisses der Besprechung und im Sinne des Telegramms des Reichsministers des Innern (Einlauf Nr 1460 vom 12. Februar) mit Gauamtsleiter Mauch zu besprechen. Letzterer ist, wie ein Anruf ergab, zur Zeit dienstlich verreist, voraussichtlich bis 18. Februar. Es wurde zugesagt, daß Herr Mauch nach seiner Rückkehr hier anrufen werde.

Von diesem Stand der Erörterungen wurde Präsident Roser von der Reichsbahndirektion fernmündlich verständigt.

B e s c h l u ß .

I. Aus der Niederschrift vom 13. Februar 1935 ist ein Auszug von bis zu fertigen und mit den einschlägt-

:/:

gen Akten zu besonderer Verfügung vorzulegen.

II. Aus der gleichen Niederschrift ist ein weiterer Auszug von bis zu den einschlägigen Akten zu fertigen.

III. Wv. am 18.2.35.

Wiedervorlage

Registrierung 18/2

5. 18.2.35.

f. Mauch ist ch. hnd. Mauch auf mich in der Rumpf zurück.

Mauch. - 7. April, 1935. 5. Tagung.

Badische Staatskanzlei.

Karlsruhe, den 19. Februar 1935.

Nr

01743

Nationalsozialistische Zeitungen.

Die Angelegenheit wurde heute vom Unterzeichneten mit Gauamtsleiter Mauch mündlich besprochen, und Herrn Mauch die Auffassung der Reichsregierung bekanntgegeben. Herr Mauch, dem nach seiner Mitteilung inzwischen auch der Herr Reichsstatthalter erklärt hat, daß er die Verteilung von Fragebogen wie im vorliegenden Fall ebenfalls nicht billige, erklärte, daß die Verteilung der Fragebogen, die von ihm nicht gewollt gewesen sei, nicht fortgesetzt werde, wobei er allerdings betonte, daß die Absicht, einen Druck auszuüben, bei der Verteilung der Fragebogen bestimmt nicht vorgelegen habe. Er bat, bei der Bekanntgabe an die beteiligten Dienststellen die besondere Betonung der Unzulässigkeit der Ausgabe derartiger Fragebogen zu vermeiden, damit nicht der Eindruck von Meinungsverschiedenheiten und Gegensatz zwischen Staat und Partei erweckt werde. Aus dem gleichen Grunde bat er auch, von einem schriftlichen Hinweis darauf abzusehen, daß eine Verpflichtung der Beamten zur Ausfüllung der Fragebogen nicht bestehe, erklärte sich aber durchaus damit einverstanden, daß der Präsi=

:/:

20. II. 35
ab 21/II.

dent der Reichsbahndirektion, bei der die Fragebogen ausgegeben worden sind, mündlich in diesem Sinne verständigt werde.

Die Angelegenheit wurde sodann dem Herrn Ministerpräsidenten vorgetragen, der sich hiermit und mit einer Verständigung der Dienststellen im Sinn nachstehenden Beschlusses einverstanden erklärte.

B e s c h l u ß .

I. An

- a) den Herrn Präsidenten der Reichsbahndirektion,
- b) „ „ „ „ der Reichspostdirektion,
- c) „ „ „ „ des Landesfinanzamts,
- d) „ „ „ „ Beauftragten des Reichsjustizministeriums,
- e) „ „ „ „ Minister des Innern,
- f) „ „ „ „ Finanz- und Wirtschaftsminister,
- g) „ „ „ „ Minister des Kultus und Unterrichts,
- h) die Reichsstatthalterei

h i e r .

Im Anschluß an die Besprechung vom 11.d.Mts. über die Verteilung von Fragebogen über den Bezug von Tageszeitungen durch die Beamtenschaft beehren wir uns mitzuteilen, daß die Angelegenheit dadurch gegenstandslos geworden ist, daß der Gauamtsleiter des Amtes für Beamte erklärt hat, daß eine weitere Verteilung von Fragebogen nicht mehr stattfindet.

II. Nachricht hiervon

dem Herrn Gauamtsleiter im Amt für Beamte

h i e r

Nowackanlage 19.

zur gefälligen Kenntnis mit Bezug auf die heutige Besprechung und im Anschluß an das an den Herrn Ministerpräsidenten gerichtete Schreiben vom 9. Februar d.Js. -M/H.-

III. Ergänzende fernmündliche Mitteilung an den

Herrn Präsidenten der Reichsbahndirektion im Sinn des vorletzten Satzes obigen Aktenvermerks.

*feh. wichtig
mit H. H. W. W. W. W.
H. H. W. W. W. W.*

H. H. W. W. W. W.

2631

8.3.35. N. 2477
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Gauleitung

Baden

Fernsprecher 188 und 5255
Gaugeschäftsstelle Karlsruhe
Nowacksanlage 19



Bankkonto: Vereinsbank Karlsruhe
Postcheckkonten:
Nr. 9158 und 4613 Karlsruhe

Amt für Beamte

Karlsruhe, den 7. März 1935.

Der Gauamtsleiter
M/H.

An die

Betr. NS-Pressewerbung bei
der Beamtenschaft.

Badische Staatskanzlei

z. H. des Herrn Ministerpräsi-
denten,

Pg. Walther K ö h l e r ,

K a r l s r u h e .

Anlagen: 11

Schlossplatz.

Vorgang: Auf das von dem Herrn Reichsstatthalter an
Sie gerichtete Schreiben vom 3.12.1934,
das mir in Abschrift mitgeteilt wurde.

Seit Wochen ist bei der Beamtenschaft im Gau-
bereich Baden eine grosszügige, von hier aus eingeleitete
Werbeaktion für die NS-Presse im Gange.

Im Zuge dieser Werbung habe ich, soweit mög-
lich, namentlich jene Beamten feststellen lassen, die eine
NS-Tageszeitung nicht beziehen. Das Ergebnis dieser Fest-
stellungen bringe ich in den anliegenden statistischen
Übersichten zur gefl. Kenntnis. Ein Abdruck der namentli-
chen Verzeichnisse kann, falls gewünscht, übersandt werden.

Welchen Schwierigkeiten bei diesen namentli-
chen Feststellungen begegnet wurde und bei der Werbung be-

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Partei

Organisation

Bankkonto: Reichsbank
Postfach: 100
Nr. 1158 und 1013 Reichsbank



Verpflichtet 188 und 5255
Gauverwaltungsstelle Reichsbank
Hauptstadt 18

Reichsbank, den 7. März 1935.

Amt für Beamte

An die

Der Gauverwalter

Reichliche Staatskanzlei

z. H. des Herrn Ministerpräsidenten
Gentel,

Herrn Ministerpräsidenten

Karlshöhe

Schlossplatz

Vorgang: Auf das von dem Herrn Reichsstatthalter an
Sie gerichtete Schreiben vom 3.12.1934
das mir in Abschrift mitgeteilt wurde.

Seit Wochen ist bei der Beamenschaft im Gau-
bereich Baden eine Grosszügigkeit, von hier aus eingeleitete
Veranstaltungen für die NS-Presse im Gange.

Im Zuge dieser Werbung habe ich, soweit mög-
lich, namentlich jene Beamten feststellen lassen, die eine
NS-Lagezeitung nicht besitzen. Das Ergebnis dieser Fest-
stellungen bringe ich in den anliegenden statistischen
Übersichten zur Gelt. Kennziffer. Ein Abdruck der namentli-
chen Verzeichnisse kann, falls gewünscht, übersandt werden.

Welchen Schwierigkeiten bei diesen namentli-
chen Feststellungen begegnet wurde und bei der Werbung be-

233/27965

- 2 -

gegnet wird, zeigen zahlreiche Berichte aus den Kreisen. Da-
rin finden sich mehrfach Vermerke, dass dieser und jener Be-
amte es grundsätzlich ablehnt, ohne gesetzlichen Zwang eine
NS-Presse zu beziehen.

Dass auch zahlreiche hohe Beamte, darunter Be-
hördenleiter zu den Nichtbeziehern der NS-Presse gehören,
zeigt, wie notwendig es war und noch ist, einen Generalan-
griff zu unternehmen. Ich verweise hierbei besonders auf
die Fachschaft Justiz. Über 50 % der Justizbeamten sind
Nicht-Bezieher der NS-Presse. Abdrucke von den statistischen
Übersichten erhielten:

1. der Herr Reichsstatthalter,
2. die RDB Reichsführung,
3. die NSDAP Gauleitung.

Heil Hitler !



Müller

306

Uebersicht über die Beamten aus 26 Kreisen der NSDAP. Gau Baden -
Amt für Beamte - die Nichtbezieher einer NS.- Tageszeitung sind.

Fachschaften 1 bis 14-

Fachschaft	Zahl d.v den Feststell. erfassten Beamten im Gau	Nichtbezieher d.NS.Presse	Jn v.H.
Reichsbahn.....	11093	3056	27,5
Reichspost.....	6360	2063	32,4
Reichssteuern.....	1271	184	14,4
Reichszoll.....	1349	210	15,5
Oeffentl.Banken.....	121	31	25,6
Sonst.Reichsverw.....	Feststellung steht aus		
Körperschaft.d.Reichs.....	669	88	13,1
Justiz.....	795	401	50,4
Forst.....	535	132	24,6
Allg.Länderverw.....	1487	550	36,9
Gemeindeverwalt.....	6978	1221	17,5
Sonst.Körperschaft.....	Feststellung steht aus		
	30653	7936	

Dem Reichsbund der Deutschen Beamten im Gau Baden gehören insgesamt 50000 Beamte, das sind 98 v.Hundert der gesamten Beamtenschaft des Gaues, an.

Von den bisher in 26 von den 40 Kreisen von den Feststellungen erfassten 30658 Beamten sind also 7936 Nichtbezieher einer NS.- Tageszeitung. Das sind: 25,8 v.Hundert.



Heil Hitler!

3. die NSDAP Gauleitung.

2. die RDB Reichsführung.

1. der Herr Reichsstatthalter.

Übersichten erhielten:

Nicht-Bezieher der NS-Presse. Abdrucke von den statistischen die Fachschaft Justiz. Über 50 & der Justizbeamten sind

griff zu unternehmen. Ich verweise hierbei besonders auf

zeigt, wie notwendig es war und noch ist, einen Generall-

hörsenleiter zu den Nichtbezieher der NS-Presse gehören.

Dass auch zahlreiche hohe Beamte, darunter Be-

NS-Presse zu beziehen.

amte es grundsätzlich ablehnt, ohne gesetzlichen Zwang eine

ein finden sich mehrfach Vermerke, dass diesem jener Be-

gegnet wird, zeigen zahlreiche Berichte aus den Kreisen. Be-

Uebersicht über die Beamten,
die Nichtbezieher einer
NS.-Tageszeitung sind.

Fachschaft: Allg.Länderverw.

Kreis	Gesamtzahl der Mitglieder	Nichtbezieher d. nat.soz.-Presse	Jn v.H.
Adelsheim.....	Feststellung steht aus		
Buchen.....	42	8	19,0
Bühl.....	242	162	66,9
Donaueschingen.....	77	3	3,9
Engen.....	Feststellung steht aus		
Ettlingen.....	23	13	56,5
Freiburg.....	347	190	54,7
Karlsruhe.....	Feststellung steht aus		
Kehl.....	Feststellung steht aus		
Lahr.....	47	12	25,5
Lörrach.....	71	25	35,2
Mannheim.....	163	22	13,5
Messkirch.....	Feststellung steht aus		
Müllheim.....	27	9	33,3
Oberkirch.....	73	13	17,8
Offenburg.....	81	41	50,6
Pfullendorf.....	17	10	58,8
Säckingen.....	Feststellung steht aus		
Sinsheim.....	51	5	9,8
Schopfheim.....	36	12	33,3
Staufen.....	Feststellung steht aus		
Stockach.....	Feststellung steht aus		
Ueberlingen.....	48	5	10,4
Waldshut.....	77	5	6,5
Weinheim.....	13	8	61,5
Wolfach.....	52	7	13,5
	1487	550	

Von 1487 erfassten Mitgliedern der Fachschaft Allg.Länderverwaltungen aus 26 Kreisen der NSDAP. - Amt für Beamte - sind noch mindestens 550 Nichtbezieher einer NS.-Tageszeitung. Das sind 36,9 v.Hundert.

Ministerial-Blatt

Reichs- und Preussischen Ministeriums des Innern

Nr. 35 Seite 1425 vom 1. September 1937

Ministerial-Blatt

des

Reichs- und Preussischen Ministeriums des Innern

Nr. 35 Seite 1425 vom 1. September 1937

Nationalsozialistische Presse und Beamtenschaft.

NdErl. d. RuPrMdB. v. 25. 8. 1937

— II SB 6850/2872.

Den NdErl. v. 3. 12. 1935 (MBlB. S. 1443), in dem ich die Beamten auf das regelmäßige Studium der nationalsozialistischen Tagespresse, in erster Linie des alten Kampfblattes der Bewegung „Der Völkische Beobachter“ hingewiesen und die Werbung dafür in den Behörden befürwortet habe, bringe ich erneut in Erinnerung und erwarte von der Beamtenschaft, daß sie dem Erlaß vollzählig entspricht.

An die nachgeordneten Behörden, Gemeinden, Gemeindeverbände, sonst. Körperschaften des öffentl. Rechts.

An die Obersten Reichsbehörden, den Preuß. Ministerpräsidenten, den Preuß. Finanzminister, das Reichsbunddirektorium durch Abdruck. — MBlB. S. 1425.

10848

Zu Kurlauf

R. 7/9

B. 7/9

L. 7/9

19. 8. 11

R. Ka. 7. 11. 1937. 4. 2. K. 7/9

Handwritten signature: Geo. Meißner

Handwritten signature: 7/9

Handwritten signature: 7/9

Handwritten signature: 2/9